

Der Stand unserer Ernährung.

Mitteilungen des Staatssekretärs.

Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Muß beantwortet eine Anfrage des Abgeordneten Dinghofer über die Ernährungsfrage und gibt in mehr als einstündiger Rede eine Darstellung der gegenwärtigen Ernährungslage; er erklärt, daß wir bei der Ernährung auf die inländische Produktion nur mehr in geringem Maße oder gar nicht rechnen können. Der Rindfleischbedarf für Wien beträgt per Woche 400.000 Kg. und für den ganzen Monat April waren knapp 400.000 Kg. vorhanden. Hinsichtlich des Getreides sind wir mit unserer eigenen Produktion fast zu Ende. Von den vorgeschriebenen Kontingenten der einzelnen Länder wurden 67 Prozent aufgebracht. Selbst Oberösterreich bringt heute bei einem Tagesbedarfe von ungefähr 150 Tonnen kaum 25 Tonnen für seinen eigenen Gebrauch auf. Wir sind in bezug auf Getreide nur auf die ausländischen Zufuhren angewiesen. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Kartoffeln, die wir bisher immer von den nunmehrigen Sukzessionsstaaten bezogen haben. Der Staatssekretär schildert sodann den misslichen Stand der Fleischfrage, den Rückgang der Milchproduktion und erklärt, mit Unterstützung der hiesigen Ententeemissionen hoffe man, aus Polen und Jugoslawien Nahrungsmittel zu erhalten. Er verwies auf die von den neutralen Staaten gelieferten Lebensmittel, die eine Erleichterung brachten, jedoch nicht ausreichend waren. Unsere ganze Rettung ist derzeit bei der Entente. Der Staatssekretär hält es für seine Pflicht, den Vertretern der in Wien befindlichen Ententeemissionen persönlich für die ununterbrochene Mühe zu danken, die sie in unserem Interesse entfalten. (Beifall.) Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß diese persönliche Mühe dieser Herren uns wiederholt in manchen, fast verzweifelt erscheinenden Situationen geholfen hat. (Beifall.) Der Staatssekretär erinnert in diesem Zusammenhange an die von Hoover in den letzten Tagen eingeleitete Aktion zur Unterstützung unserer Kinder.

Er weist den Vorwurf zurück, daß das Staatsamt für Volksernährung mit der Erhöhung der Mehlsquote so langsam vorging, und stellt fest, daß für diese Maßnahme die Sicherung der weiteren Zuschübe abgewartet werden mußte. Von Sonntag an werde auch die Brotquote um einen Viertellib des Normalmaßes erhöht. Allerdings sei diese Erhöhung nur für vierzehn Tage bis drei Wochen gesichert. Bei nicht günstiger Erledigung der Finanzfrage in Paris müßte mit einem Rückgang der Quote gerechnet werden. Der Staatssekretär erörtert sodann die Frage der Fleisch- und Fettbelieferung durch die Entente. Die Beteiligung der Bevölkerung mit einer Quote von 12 Delagramm Fett per Kopf sei bis zur ersten Hälfte Juni gesichert. Reis und Bohnen können von Fall zu Fall je nach Einlangen verteilt werden. Durch die Ententezuschübe ist es gelungen, in großem Maße auch Nebenaktionen durchzuführen, zum Beispiel die Kinderaktion, die Gewährung von Mehlszuschüssen an Eisenbahner, Forstarbeiter und Bergarbeiter. Das Staatsamt für Volksernährung lege Wert darauf, daß die Lebensmittelimporte gleichmäßig auf Wien und die Länder verteilt werden. Wenn auch eine Verbesserung der Quantität der Ernährung bis zu einem gewissen Grade zu konstatieren sei, so lasse sich doch nicht leugnen, daß der größte Teil der Bevölkerung aus diesem Umstände infolge der hohen Preise nicht viel Nutzen ziehen kann. Der Staatssekretär erklärt, daß die Preisermäßigungen, speziell die bei Fleisch, erfolgen könnten, weil der größere Teil kreditiert sei und

Hoffnung bestehe, daß der Staat durch bei den Friedensverhandlungen uns zu gewährende langfristige Kredite das Balutarisiko übernehmen könne. Gegenüber dem Wunsche, daß man einem Teile der Bevölkerung höhere Preise, dem anderen niedrigere auferlege, verweist der Staatskanzler darauf, daß dies mit Rücksicht auf die soziale Schichtung der Bevölkerung nicht möglich sei, da der größte Teil der Bevölkerung nicht zu den Bemittelten gehöre. Die sogenannte Mindestbemitteltenaktion habe in Deutschösterreich in den letzten drei Vierteljahre 56 Millionen Kronen erfordert, und in letzter Zeit seien auch die Arbeitslosen, deren Zahl 140.000 in Wien betrage, in diese Aktion einbezogen worden. Die Aktion zur Unterstützung

des Mittelstandes erforderte seit dem Bestande Deutschösterreichs 31 Millionen Kronen.

Mehr produzieren.

Das einzige Mittel für die Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse ist die Erhöhung der Produktion. Wir können nicht immerfort Lebensmittel auf Pump beziehen. Es ist irrig anzunehmen, daß wir Importe nur bis zur neuen Ernte brauchen und daß sich Deutschösterreich aus der neuen Ernte selbst erhalten kann. Das wird vielleicht in 10 Jahren bei starker Intensifizierung der Produktion möglich sein. Was das Getreide betrifft, ist die Deckung unseres Bedarfes im nächsten Wirtschaftsjahr auf höchstens vier Monate gegeben. Der Staatssekretär werde voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Bewirtschaftung der neuen Ernte vorlegen, in welchem die Art der Bewirtschaftung geregelt werden soll. Er tritt dem Vorschlage entgegen, daß das Ernährungsamt import-hindernd aufstrete, daß heißt, durch Festhalten an gewissen Maßnahmen zur Regelung der Importe diese erschwere oder verhindere. Das Staatsamt für Volksernährung halte daran fest, daß für eine längere Uebergangsperiode der sofortige und überstürzte Uebergang zur freien Wirtschaft sowohl vom Standpunkte der allgemeinen Interessen wie auch vom Standpunkte der heimischen Produktion nicht möglich sei. (Zustimmung.) Ohne einer übermäßigen Drosselung des Kaufmanns oder des Handels das Wort reden zu wollen, erscheine es doch unmöglich, daß die Einfuhr ohne Beschränkungen und Kontrolle bleibe. Der Staatssekretär sei der Meinung, daß auch aus Gründen der Valuta- und Preispolitik notwendig sei, eine Zeitlang die Verteilung der rationierten Artikel noch gleichmäßig durch irgendeine Zentralstelle vorzunehmen, in erster Linie durch die Regierung selbst, und daß für die nächste Zeit die Möglichkeit der Freigabe des Handels nicht gegeben sei.

Die Wiener Regierung und die Länder.

Der Staatssekretär bespricht schließlich das Verhältnis der Wiener Regierung zu den Ländern, durch welches sein Ressort am meisten in Mitleidenschaft gezogen werde und erklärt, es könnte um unsere Ernährungswirtschaft viel besser stehen, wenn wir mit den Ländern in einem besseren Verhältnis wären. Redner habe von seinem Amte aus alles getan, um das Einvernehmen mit den Ländern herzustellen, aber das sei nur möglich, wenn beide Seiten es wollen, und dieser Wille sei auf der einen Seite nicht immer vorhanden. Der Staatssekretär konstatiert, daß es gelungen sei, in der Frage der Einreisebewilligungen zu einem Kompromiß zu gelangen und meint, wenn die Länder das gleiche Entgegenkommen in der Ernährungsfrage bekunden würden, könnte man zu einer besseren Ernährungswirtschaft gelangen. Unser Wille, schließt der Staatssekretär, ist der beste, und wir können die Vertreter der Länder nur bitten, den Weg den wir gehen wollen, uns nicht zu verrameln. (Beifall.)